

Kiel, 16. Dezember 2011

Zum jetzt vorgelegten Fünfjahresplan für Verkehrsinvestitionen in Schleswig-Holstein nimmt Max Stich, Vorsitzender des ADAC Schleswig-Holstein, wie folgt Stellung:

„Die Planungen des Bundesverkehrsministeriums bestätigen unsere seit Jahren geäußerten und seitens der Politik immer wieder zurückgewiesenen Befürchtungen: Schleswig-Holstein ist in Sachen Infrastrukturfinanzierungen nur noch ein Randgebiet. Der Weiterbau der A 20, der seit vielen Jahren immer wieder versprochen wurde, ist auf 2015 verschoben. Ehrlich wäre es gewesen, hätte man gleich den St.-Nimmerleinstag in den Investitionsplan hineingeschrieben.

Die A 20 mitsamt einer westlichen Elbquerung ist nicht nur nach unserer Auffassung eines der bundesweit wichtigsten Verkehrsprojekte. Es macht das Straßennetz zukunftsfähig für die erwarteten Steigerungen vor allem im Güterverkehr. Diese wichtige Investition wird jetzt ganz offensichtlich auf dem Altar der Hinterlandanbindung für die Fehmarnbeltquerung geopfert. Das ist umso unverständlicher, weil von Seiten der Verkehrspolitiker die Bedeutung einer weiteren Elbquerung immer wieder hervorgehoben worden ist.

Die im Investitionsplan für Schleswig-Holstein vorgesehenen Projekte – Ausbau von A 7 und A 21, Erneuerung der Schleuse in Brunsbüttel – sind wichtig für unser Land, gerade unter Berücksichtigung der Tatsache, dass vom sechsstreifigen Ausbau der A 7 ja nun auch schon seit Jahrzehnten geredet wird. Für das wichtigste Zukunftsprojekt der A 20 jetzt jedoch wieder die Pkw-Maut aus der Mottenkiste zu entstauben, das zeigt die ganze Hilflosigkeit der verkehrspolitisch Verantwortlichen in Bund und Land. Schleswig-Holstein hat es schlichtweg versäumt, in Berlin für sein Hauptanliegen ausreichend Druck zu machen. Andere waren da vermutlich cleverer. Für eine Richtigstellung der Prioritäten bietet der ADAC Schleswig-Holstein seine Unterstützung an.

Wenn Herr Ramsauer jetzt sagt, weitere Projekte seien ohne eine weitere Abgabenerhöhung – etwas anderes ist die Pkw-Maut nämlich nicht – kaum zu finanzieren, dann ist ob der mehr als 60 Milliarden Euro, die der Autofahrer bereits heute jährlich aufbringt, nicht nur absurd, sondern eine eindeutige Abkehr von allen früheren Beteuerungen. Ich wage darüber hinaus die Prognose, dass sich im Fall einer Pkw-Maut für das Straßennetz im Land nichts ändern wird, denn das Geld wird sehr schnell auf kaltem Weg zum Stopfen anderer Löcher im allgemeinen Haushalt verschwinden.“